

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 78 Mark

Nr. 47.

Berlin, Freitag, den 24. November 1922.

49. Jahrg.

An unsere Postabonnenten!

Ein großer Teil der Postbezieher unseres Blattes hat die Nachforderung von 72 M. für das letzte Vierteljahr 1922 noch nicht beglichen. Wir machen darauf aufmerksam, daß wir den Bezug des Blattes einstellen müssen, wenn nicht die 72,— Mark an das Postcheckkonto 9308, Wilhelm Herden, Berlin, eingesandt sind. Wer von den Postabonnenten im Bezug des Blattes keine Unterbrechung erleiden will, möge der Aufforderung sofort nachkommen.

Redaktion und Verlag der „Ameise“.

Um die Organisationsform.

Von Friedrich Eckorn. („Vorwärts.“)

Der Leipziger Gewerkschaftskongress beschloß, daß für große zusammenhängende Industrien einheitliche Industrieverbände anzuerkennen oder zu schaffen sind. Als solche Industrien führt der Beschluß beispielsweise Bergbau, Hütten- und Metallindustrie, Baugewerbe, graphisches Gewerbe, Transport- und Verkehrsgewerbe, öffentliche Betriebe und Verwaltungen, Textilindustrie, Lederindustrie, Holzindustrie, Lebens- und Genussmittelindustrie und Land- und Forstwirtschaft samt Weinbau und Gärtnerei auf. Vorstand und Ausschuß des ADGB sollen in kürzester Frist eine Vorlage ausarbeiten, die einen organischen Aufbau von Industrieverbänden vorsieht, und diese Vorlage den beteiligten Gewerkschaften zur weiteren Beratung überweisen. Dieser Beschluß war befürwortet von den Verbänden der Metallarbeiter, der Bauarbeiter, der Bergarbeiter, Textilarbeiter, Transportarbeiter, Gemeinde- und Staatsarbeiter, Schuhmacher, Buchbinder, Brauerei- und Mühlenarbeiter, der Fleischer und der Dachdecker. Der mit 4854 125 vertretenen Stimmen gefasste Beschluß hatte insgesamt 17 Verbände hinter sich und 27 mit 1 925 972 Stimmen gegen sich. Die Landarbeiter, für die diese Frage bis auf den Anschluß der Gärtner gelöst ist, enthielten sich der Abstimmung, während die Vertreter der übrigen drei Verbände teils für, teils gegen die Resolution Dickmann stimmten.

Die Erörterung dieses Beschlusses in der Gewerkschaftspresse war zunächst durch die politischen Ereignisse, die die Ermordung Rathenaus im Gefolge hatte, behindert und ist erst neuerdings in Gang gekommen. Bezeichnenderweise sind es doch nicht allein Berufsverbände, sondern Industrieverbände, wie Fabrikarbeiter- und Holzarbeiterverband, die sich mit dem Mehrheitsbeschluß des Gewerkschaftskongresses nicht befreunden können.

Immerhin scheint uns, als ob eine ruhige, sachliche Prüfung der Dinge auch in diesem Punkte nützlicher sei als aufgeregte, mit mehr oder minder deutlichen Drohungen verbundene Gegenentscheidungen. Die verschiedenen Auffassungen über die beste Form der Organisation sind so alt wie die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Während jedoch früher die Frage der Organisationsform vielfach von parteipolitischen Gesichtspunkten beeinflusst war, so insbesondere die Frage, ob lokale oder zentrale Organisation, ist das gegenwärtige Problem frei von jedem Richtungsstreit. Ist die Wiedervereinigung von SPD und USPD erst vollzogen, so bleibt überhaupt kein Richtungsstreit mehr in den Gewerkschaften, außer dem von der kommunistischen Partei vom Baum gebrochenen: „Moskau oder Amsterdam?“

Der Berufsverband als die ursprünglich gegebene Form der Organisation konnte sich bisher nur erhalten, wo der Beruf sein Eigenleben bewahrte, nicht mehr entwicklungsfähig war oder aber sich rein als Beruf weiter entwickelte. Ueberall dort, wo der Beruf zu seiner weiteren Entwicklung eine größere Anzahl ungelerner Arbeitskräfte aufnehmen mußte, wurde die enge Form der Berufsorganisation gesprengt und durch die Aufnahme der Hilfsarbeiter zur Industrieorganisation auf der ursprünglichen beruflichen Grundlage erweitert. — Die vom Frankfurter Gewerkschaftskongress gefasste Resolution Busse erklärte es als unzulässig, daß die Gewerkschaften solche Berufstätige als Mitglieder aufnehmen, für deren Berufstätigkeit eine Berufsorganisation besteht. Dieser Beschluß kam bereits zu spät. Darüber kam es in Stuttgart zu einer regelrechten Organisationsformdebatte, die in eine Erklärung des Genossen Reichel ausklang, daß die Regelung der Grenzstreitigkeiten unmöglich sei, weil die Abgrenzung unmöglich sei. Man müsse sich auf den Standpunkt der Entwicklung stellen, wodurch ganz von selbst die besten Formen der Organisation herausgebildet würden. Auch Legien erklärte, daß wir uns bezüglich all dieser Fragen in einer Situation befinden, aus der wir einen einigermaßen annehmbaren Ausweg nicht finden können. Bei dieser Gelegenheit, wenn auch nicht im direkten Zusammenhang mit dieser Frage, prägte Legien den Satz, der bei der Bewältigung der neu aufgetauchten Schwierigkeiten alle Beachtung verdient, trotzdem er nur eine Winsenwahrheit ausspricht: „Der größte Feind der Arbeiterbewegung — ein noch viel größerer Feind als die reaktionären Gewalten — ist es, wenn die Arbeiter sich unter sich streiten.“

Das Organisationsproblem wurde kompliziert durch eine mit dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverbände neu angebahnte Form: die Betriebsorganisation. Im Laufe der Zeit kamen mehrere Organisationen dieser Form näher und damit auch in Grenzstreitigkeiten mit anderen Verbänden. Durch Mehrheitsbeschlüsse lassen sich solche Probleme nicht lösen. So hat denn der Leipziger Beschluß auch nur das Ziel festgestellt und verweist auf den Weg, der einzig möglich ist, den der gegenseitigen Verständigung. Die Entwicklung ist nicht abgeschlossen, sondern in ständigem Flusse. Auch hinsichtlich der notwendigen und notwendig werdenden Formen der Organisation läßt sich die Entwicklung auf die Dauer weder aufhalten, noch ohne starke Rückschläge überspringen oder gewaltsam vorwärts drängen. Im Laufe der Zeit hat sich im Wettstreit einzelner Verbände um die Höhe der Mitgliederzahl und des Verbandsvermögens ein gewisser Verbands-egoismus herausgebildet, der bis zu einem starken Grade durchaus erfreulich und berechtigt ist, zumal er von den besten Absichten getragen ist. Er darf jedoch nicht soweit gehen, sich der Entwicklung hindernd in den Weg zu stellen, noch gar dazu verleiten, auf Kosten der Nachbarorganisationen sich weiter zu verbreitern. Kann es doch letzten Endes nicht darauf ankommen, ob der eine Verband 100 000 Mitglieder mehr zählt als der andere, als vielmehr darauf, wie groß der Prozentsatz der organisierten gegenüber der unorganisierten Arbeiterschaft ist. Neben alten stolzen Traditionen, wie bei Buchdruckern und Zimmerern, spielen bei anderen reine Zweckmäßigkeitsfragen eine Rolle mit. Die mehr und mehr um sich greifende Nivellierung der Löhne der gelernten Arbeiter auf die Höhe der ungelerten spricht bei der Befürchtung

Mitglieder! Wahrt eure Rechte! Zahlt eure Beiträge in Höhe eines Stundenlohnes!

In der Woche vom 27. November bis 2. Dezember ist der 48. Beitrag fällig.

der Mitglieder verschiedener Berufsverbände vor dem Aufgehen in eine größere Einheit sehr viel mit. Es muß jedoch möglich sein, für die gesuchtesten und unentbehrlichsten Berufsgruppen auch im Tarifvertrage einer großen Industrieorganisation die aus besonderen Leistungen gerechtfertigten besonderen Lohnansprüche zu berücksichtigen. Wenn andererseits z. B. der Bergarbeiterverband auch die in den Nebenberufen des Bergbaues beschäftigten Arbeiter in seiner Organisation vereinigen möchte, so kann seinem Verlangen eine gewisse Berechtigung wohl nicht abgesprochen werden. Anders steht die Sache schon, wenn in den Organisationsbereich eines Industrieverbandes zur Abrundung von Betriebsorganisationen große Lücken gerissen werden sollen.

Was jetzt schon zu einem engeren Zusammenschluß industrieverwandter Organisationen praktisch geschehen kann, das ist eine größere Vereinheitlichung gewerkschaftlicher Einrichtungen. In der keramischen Industrie scheiterte das Zusammengehen der drei Verbände seit Jahren wesentlich an der Beitragsfrage und den Unterstützungseinrichtungen. Heute hat sich durchweg der Grundsatz in der Beitragsfrage durchgesetzt, daß ein Stundenlohn als Wochenbeitrag gilt. Der nächste Schritt muß sein, für die einzelnen Beitragsstufen einheitliche Normsätze der Unterstützungszweige zu vereinbaren, so daß sich in jeder Organisation die Streit-, Arbeitslosen-, Krankenunterstützung usw. gleichnamig auf den Stundenlohn, d. i. den Verbandsbeitrag, aufbaut. Starre Beitrags- und Unterstützungssätze sind heute ebenso unmöglich als starre Lohnziffern. Aus der Not der größeren Flüssigkeit läßt sich die Tugend größerer Einheitlichkeit machen, womit für die weitere Entwicklung sehr viel gewonnen ist, ohne daß dadurch das innere Verbandsleben der einzelnen Organisation irgendwie behindert wird. Wird diese Vorarbeit geleistet, dann wird für die Leitungen wie für die Mitglieder der einzelnen Verbände die notwendige Verständigung weit leichter werden. Und nur durch Anerkennung der Bedürfnisse nach festerem Zusammenschluß auf der einen, wie durch möglichste Rücksicht auf die Existenz der Nachbarorganisation auf der anderen Seite, durch großzügige Beurteilung der Sachlage, werden die freien Gewerkschaften wie über alle bisherigen, so auch über die gegenwärtigen großen Schwierigkeiten hinwegkommen.

Kein Bezirks-, sondern Reichstarif.

Der Kollege Mierschle-Dresden hat noch einmal versucht, mit vielen Worten seine Anschauungen über die Bezirkslohntarife zu wiederholen. Die Stimmung dafür ist in Kollegentreisen nicht besser geworden und zum Glück weiß die gesamte Arbeiterschaft der feinkeramischen Industrie, daß für sie der Reichslohntarif größere Vorteile bringt, als Bezirkslohntarife. Darin liegt ja auch der Kernpunkt. Die Gesamtarbeiterschaft der in Betracht kommenden Industrie schützt sich durch einen Reichslohntarif besser; sie hat weniger kostspielige Konflikte zu bestehen, sie gewinnt in ihrer Geschlossenheit mehr als bei getrenntem Vorgehen. Sobald sie sich gegen einen einigen Gegner zerteilt, ist sie im Nachteil. Kollege Mierschle gibt ja auch indirekt diesen Nachteil zu. Nur meint er, es würde Kopfschütteln auslösen, wenn beispielsweise die Thüringer Unternehmer ihren sächsischen Kollegen durch eine Aussperrung beispringen wollten. Dieses Kopfschütteln hält die Unternehmer keineswegs ab. Sie helfen sich gegenseitig nicht nur in Bezirken; denn wir haben doch erlebt, daß sie sogar einem einzigen Betrieb schon beispringen sind. (1912.) Die Erfahrung hat demnach unserer Auffassung recht gegeben.

Uns ist rätselhaft, wie die sich benachteiligt fühlenden Arbeiter und Arbeiterinnen einzelner Betriebe und Bruchteile von Bezirken ihre Verhältnisse mit einem Bezirkslohntarif bessern könnten, wenn sie nicht mehr den Rückhalt der Gesamtkollegenchaft im Reich haben, sondern nur ihren eigenen. Sie haben doch jetzt ihre sämtlichen im Beruf organisierten Arbeitsbrüder und -Schwestern hinter sich und müssen nicht die Gelegenheit, die in so manchen Betrieben trotz des Reichstarifes zugunsten der Beschäftigten tatsächlich ausgenutzt wird, weil es eben der Reichstarif zuläßt. Wie wollen sie dann etwas erreichen, wenn der Rückhalt geschwächt wird, da doch kein Bezirkslohntarif nur kleinere Gruppen hinter ihrem Rücken hat? Wir haben doch gegenwärtig Verhältnisse, daß sich innerhalb einer Firmengruppe der eine oder andere Betrieb aus eigener Kraft Vorteile herausholt, während eben ein anderer Betrieb der gleichen Firma im gleichen Bezirk nicht vorwärts kommt, weil es an Arbeitskraft mangelt oder weil die eigene Kraft die Stelle nicht füllt, ohne die keine Gesamtorganisation vorwärts kommen kann. Es gibt genug Mittel und Wege, diese herauszuholen, dazu jedoch keine Rezepte in einer gewerkschaftlichen Apotheke. Die Mäßigkeit und das Auftreten der Kollegenchaft und die Ausnutzung der passenden Gelegenheiten sind da maßgebend.

Kollege M. meint, die Fälle Farge, Hennigsdorf und Gotha bewiesen ihm nichts, da er nicht genau wisse, ob die dortigen Kollegen nicht den Hauptwert auf den Mantelvertrag legten. Er kann versichert sein: Wenn wir die Beispiele anführten, so bezogen sie sich auf den Lohnarif.

Vom Kollegen Mierschle wird als Hauptgrund für den Bezirkslohntarif ins Feld geführt, daß bei bezirklichen Verhandlungen der in Anspruch genommene Unparteiische um sich herum das wirtschaftliche Leben seines Bezirks besser kenne. Das ist eine sehr fehlerhafte und sadenscheinige Begründung. Sie fällt nämlich, sobald freie Vereinbarungen, wie bei unseren letzten Abschlüssen, zustande kommen. Die Begründung ist jedoch auch nicht durchschlagend, wenn Unparteiische aus den gleichen Bezirken mitwirken. Wir haben doch erlebt, daß gerade die Dresdener Schiedssprüche vom Oktober 1921 und vom Februar 1922 am meisten Kritik auslösten.

Noch einen Satz hat sich wohl Kollege M. nicht überlegt, nämlich den: „daß man, gewollt oder ungewollt, anfängt, der Akkordarbeit das Grab zu graben“. Na, wenn schon, Kollege Mierschle, wärest Du darüber wirklich böse?

Um unserer Mitgliedschaft zu zeigen, wie andere Verbände zum Reichstarif stehen, bringen wir die Stellungnahme des Holzarbeiterverbandes. In dem soeben erschienenen Jahrbuch 1921 der genannten Organisation finden wir unsere Aufforderung, daß Reichstarife erstrebenswerter sind als Bezirks- oder Orts-, oder gar Werkstarife, bestätigt. Zur Tarifentwicklung schreibt der Verfasser, „daß die Zahl der Tarifverträge zurückgegangen ist, ist ein erfreuliches Zeichen für die Zusammenfassung immer größerer Betriebs- und Arbeiterziffern unter einen Vertrag.“ Auch andere Organisationen wären froh, wenn sie mit nur einem, und zwar mit einem Reichstarif zu rechnen hätten.

Wir wollen also festhalten, was wir haben. Wenn einzelne Zahlstellen sich geschädigt fühlen, so mögen sie erst alle, aber auch alle Möglichkeiten, die im Reichstarif enthalten sind, erschöpfen. Haben diese tatsächlich ausgenutzt, dann ist immer noch Zeit, die Gründe des Für und Wider abzuwägen. Gegenwärtig ist es noch nicht so weit.

Ein Appell an alle, die es angeht!

Die gegenwärtigen katastrophalen Kursschwankungen, die ein Emporschnellen der Preise zu unerklärlicher Höhe zur Folge haben, treiben das Volk geradezu zur Verzweiflung. Zu den Sorgen um genügend Nahrung gesellen sich in Erwartung des kommenden Winters solche um Beschaffung von ausreichender Kleidung und Heizmaterial. Vielfach in der wärmeren Jahreszeit gehegte Hoffnungen und Vorsätze, vom Verdienst einstuweilen für die Jahreszeit mit vielfältigeren Ausgaben etwas anzuschaffen, haben sich im Laufe der Zeit als trügerisch und unausführbar erwiesen, weil das Einkommen mit den Ausgaben in gar keinem Verhältnis stand und deshalb schon in der vorwinterlichen Zeit mancher Bedarf ungedeckt bleiben mußte. Kein Wunder, wenn deshalb insbesondere die Hausfrauen der Gehalt- und Lohnempfänger verzweifeln, weil sie ja haushalten müssen mit dem, was der Verdienner bringt. Seufzer, die sich in ungezählten Fällen zu Flüchen steigern, entschlüpfen dem Gehege der Lippen der in banger Sorge um das Wohlergehen der Ihrigen geängstigten Frauen, wenn sie die Auslagen in den Schaufenstern mustern und die Preise studieren, die fast täglich wandelbar nach oben sind. In ihrem berechtigten Horn schleudern sie Anwürfe gegen alle diejenigen, von denen sie annehmen, sie seien schuld an diesen unerträglichen Zuständen. Daß sie ihre Anschuldigungen oft auch gegen Unschuldige richten und diese mitverantwortlich machen für das bestehende grauenhafte Elend, ist nur zu erklärlich. Sind es doch gerade die Frauen, die am wenigsten die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge kennen, in denen die Ursachen dieser furchtbaren Krisis wurzeln. Die Frauen in der Mehrzahl haben kein Bedürfnis nach Aufklärung; in den meisten Fällen aber schöpfen sie ihr bescheidenes Wissen aus außerordentlich trüben Quellen: aus bürgerlichen Zeitungen, die sich bei ungezählten Frauen gewissermaßen die Hausfreundschaft erwothen haben. Viele sind nicht dazu zu bewegen, ein Arbeiterblatt zu lesen, worin sie im Gegensatz zu den bürgerlichen Zeitungen über die großen weltbewegenden Fragen unterrichtet werden, Ursachen und Wirkungen erklärt erhalten, sondern sie sind vielfach auch noch dem Manne hinderlich, auf ein Arbeiterblatt zu abonnieren. Von vielen Frauen bemühen gegenwärtig eine beachtliche Zahl den Umstand der unumgänglichen Bezugspreissteigerung, um ebenfalls Abstinenz zu üben oder das bislang gehaltene Arbeiterblatt gegen ein bürgerliches einzutauschen, einiger Markt Bezugspreis weniger willen. Diese sehen in ihrer Kurzsichtigkeit gar nicht, daß die Tendenz eines Stimmes und seines Anhangs darauf hinausläuft.

der Arbeiterpresse die Luft abzubrechen! Denn daß die Papierfabrikanten die Papierpreise nicht allein ihres leine Grenzen kennenden Profitgier wegen auf so schwindelhafte Höhe hinaufschrauben, in der die Ursache der tatsächlichen Preissenot liegt, sondern daß die Tendenz dieses Gebarens auf das Abwürgen nicht zuletzt der Arbeiterpresse hinausläuft, müßten eigentlich auch die Blindesten klar sehen. Wehe der Arbeiterbewegung, wenn es den Reaktionen aller Schattierungen gelingt, die Arbeiterpresse tot zu kriegen! Wenn sich auch die Gewerkschaftspresse verhältnismäßig besser halten kann, da ihr ja in Gestalt der Mitgliederbeiträge regelmäßig Mittel zufließen, die bis zu einem unverhältnismäßig hohen Prozentsatz für das Erscheinen der Fachblätter Verwendung finden müssen, fristen die politischen Arbeiterzeitungen ausschließlich ein geradezu kümmerliches Dasein.

Die politische Arbeiterpresse muß lebensfähig erhalten werden! Sie war von Anfang an der tatkräftige Anwalt der gerechten Arbeitersache und hat sich in allen schwierigen Situationen der Arbeiterschaft als getreuer Erbe erwiesen, sich als getreuer Kampfgenosse an die Seite der Gewerkschaftspresse gestellt. Sie tut dies heute noch in demselben Maße und ist notwendiger denn je, weil die Kämpfe um ein menschenwürdiges Dasein gegenmächtig viel schärfer entbrannt sind als je vorher. Die politische Arbeitertagespresse hat bei diesen Kämpfen den Kurierdienst übernommen, weil die Gewerkschaftspresse meist wöchentlich erscheint. Pflicht eines jeden Gewerkschafters muß es deshalb sein, auf die politische Arbeiterpresse zu abonnieren, um sie dadurch mit zu erhalten. Wenn schon gespart werden muß, dann hinaus aus den Arbeiterwohnungen mit der bürgerlichen Presse, die den Schaffenden ohnehin ja nur in dem Bestreben, ihre Lebenslage zu verbessern, hinderlich ist! Kehren wir zu dem alten Freund, dem Arbeiterblatt, zurück, wenn wir ihn verlassen haben, und machen wir uns ein klein wenig den Opfermut und die Opferwilligkeit unserer alten Parteigenossen zu eigen, die ihrer Ideen willen und ihres Strebens wegen, der leidenden Menschheit zu dienen und zu helfen, nicht nur materielle Opfer brachten, sondern Heimat und Familienglück aufgaben. Zeigen wir uns dieser Helden würdig und legen wir unseren Kleingeist beiseite, dann werden auch wir diese furchtbare Krisis siegreich überdauern und das kommende Geschlecht wird uns dafür danken. gdt.

Deutschland, eine einzige Gutswirtschaft.

In der „Betriebsräte-Zeitung“ ist zu lesen: Würde die deutsche Landwirtschaft durchschnittlich auf der Höhe ihrer Musterwirtschaften stehen, dann gäbe es in Deutschland keine Not an Nahrungsmitteln, dann könnten wir mehr als die heutige Bevölkerung ernähren. Was den wissenschaftlich gebildeten und an der Hebung der Produktion interessierten Landwirten möglich ist, können die anderen auch, wir brauchen nur Planwirtschaft, nicht Zwangswirtschaft. Warum geht es nicht voran und droht uns die Hungertatastrophe? Weil das einheitlich geschlossene Wollen zum planmäßigen Aufbau fehlt, weil der Kampf zwischen Stadt und Land, zwischen Volksteil gegen Volksteil herrscht, wo nur Gemeinschaftsarbeit helfen kann, weil politische Zersplitterung die nüchternen klaren wirtschaftliche Erfolgsarbeit unmöglich macht.

Wenn die 10 Millionen organisierter Arbeiter in Deutschland Planwirtschaft in der Landwirtschaft, in der Industrie, Handel und Gewerbe fordern wollten, es würde bald die Wandlung zum Besseren erkennbar werden.

Ein erfahrener Landwirt, der als Saatgutzüchter größte Erfolge erzielt hat, Gustav Jaensch, Jävenitz, Kreis Gardelegen, der mit Dr. Esingers Forderungen voll und ganz einverstanden ist, hat an den Reichskanzler und Reichsernährungsminister u. a. folgendes geschrieben:

„Wir leben immer noch, auch in diesem Jahr, auf vielen Kartoffelfeldern teilweise einen sehr hohen Prozentsatz kranker Stauden. Die kranken Stauden rühren aber fast immer von krankhaften Saatkartoffeln her, denen man äußerlich diese Schwäche nicht ansehen konnte, wohl aber muß der Erzeuger dieser Saatkartoffeln wissen, ob seine vorjährigen Felder ausschließlich gesunde Pflanzen aufgewiesen haben, ob die eingemieteten Saatkartoffeln gesund waren oder nicht, kranke Stauden bringen bei den Kartoffeln meistens nur 3 bis 4, auch wohl 7 bis 8 Knollen, welche in fast allen Fällen kleiner und dabei weniger haltbar sind als die Knollen von gesunden Stauden, diese letzteren bringen auch meist doppelt und dreifach höhere Erträge, deshalb muß bei der bevorstehenden Kartoffelernte unbedingt darauf hingewiesen werden, daß ein jeder sich gesunde Saatkartoffeln für 1923 jesi sichert. Der einfachste Weg ist der, daß jetzt im Herbst die Knollen der kranken Stauden vorweg herausgenommen, allein für sich gesammelt und in den nächsten Wochen und Monaten zuerst verbraucht werden. Die Knollen von den gesunden Pflanzen werden für den Winter und für die letzten Monate bis zur neuen Kartoffelernte aufbewahrt, dann haben wir nicht so große Verluste wie in den vorhergehenden Jahren für die Gefährdung der Bevölkerung zu beklagen. Natürlich müssen die frühesten Sorten zuerst, dann die mittelfrühen und mittelspäten Sorten dem Verbrauch zugeführt werden, und für die letzten Monate bis zur neuen

Kartoffelernte möglichst nur die spätreifenden, haltbaren Sorten. In dieser Hinsicht ist noch viel organisatorische Arbeit in Deutschland zu leisten. Alle Züchter von Original-Saatkartoffeln teilen meine Meinung und arbeiten mit Erfolg an dieser Lösung; wichtig ist auch, daß die Anzahl der Kartoffelsorten, von denen wohl über 1000 unter den verschiedensten Namen existieren, auf 30-40 Sorten reduziert werden, diese genügen für alle klimatischen und Bodenverhältnisse unseres Vaterlandes. Aus der Ernte 1922 sollten sämtliche vorhandenen Originalsorten und deren anerkannte erste Abjaaten zum Anbau kommen; ein jeder, der nicht sicher ist, diese zu erhalten, möge im Herbst beim Einerten die vorstehend erwähnte Auslese der gesunden Kartoffelstauden vornehmen, er wird dann an diesem 10. bis 20fache Knollenerträge finden und von solchen vorsichtig und gut eingemieteten durchwinterten Knollen eine sichere Ernte im Jahre 1923 machen können. Original-Saatgut und anerkannte erste Abjaat von diesen auszulegen, ist ja das allersicherste, aber da wir davon nicht genügend haben, um alle Kartoffelfelder im Frühjahr 1923 damit bestellen zu können, können wir zu der angeführten Methode zurückgreifen.“

Die fünf Millionen deutschen landwirtschaftlichen Betriebe sollten geleitet werden wie ein einziger organisch gegliederter Wirtschaftsbetrieb, ohne daß die Selbständigkeit des einzelnen angetastet werden sollte. Wissenschaftliche Erkenntnis, organisatorische Begabung und Arbeitskraft sind da.

Der Dollar wird stürzen, sobald die Welt den Aufbauwillen der Deutschen erkennt.

Internationale Vereinigung für Arbeiterschutz.

Im Anschluß an die Kommissionsberatungen konnte die Vollversammlung am 14. Oktober wieder zusammentreten. Ein von Compers unterzeichnetes Begrüßungstelegramm des amerikanischen Gewerkschaftsbundes wurde freudig aufgenommen.

Professor Gende teilte als Berichterstatter der Kommission I für organisatorische Fragen mit, daß ein Bulletin der Vereinigung in deutscher und französischer Sprache dreimal jährlich erscheinen soll. Ein organisatorischer Zusammenschluß der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz mit den beiden Internationalen für Sozialversicherung und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei nicht geglückt, doch bestände in der Tat nur die erstgenannte, die sich künftig mit der gesamten Sozialpolitik befassen werde. Die Ratifikation des Washingtoner Abkommens durch die Großmächte steht immer noch aus, es solle daher erneut eine entsprechende Aufforderung an alle Länder gerichtet werden. Reichsminister Giesberts betonte bei dieser Frage erneut die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung zur Ratifizierung und feierte den Achtstundentag als eine unumstößliche Errungenschaft der Arbeiter.

Eine lebhafte Diskussion entspann sich über den Antrag der Kommission auf Einberufung eines internationalen Kongresses, der sich gegen die Reaktion auf sozialpolitischem Gebiete wenden soll. Von deutscher Seite setzte sich Aufhäuser für den Antrag ein. Es wurde ein Ausschuß gebildet, der die Vorarbeiten für den Kongress leisten soll; die deutsche Delegation entsendet Wissell.

Die Kommission II für das Betriebsrätewesen hat nach Berichten aus Deutschland, Oesterreich und der Tschechoslowakei festgestellt, daß sich die Betriebsräte bewährt haben und der Vorwurf als hätten sie die Produktion gehemmt, unbegründet ist. In einer Entschliekung wurde die Vereinigung beauftragt, die eingeleiteten Erhebungen fortzusetzen und das Arbeitsamt in Genf um seine Mithilfe anzufragen. Die nächste Generalversammlung wird sich mit der Erhebung eingehend befassen.

Die Kommission III für den gesetzlichen Angestelltenschutz, über deren Beratungen Aufhäuser berichtete, unterbreitete der Delegiertenversammlung einen umfangreichen Fragebogen, mittels dessen die Rechtslage und die soziale Lage der Angestellten in allen Ländern erforscht werden soll. Die Erhebung wurde gleichfalls beschlossen.

Die Kommission IV, die sich mit der Lage der Hafenarbeiter zu befassen hatte, beantragte die Behandlung dieser Frage auf der nächsten Tagung, da das vorliegende Material der Ergänzung bedarf.

Die bekannte Melodie.

Die „Keramarbeiter-Zeitung“ hat schon wieder das Bedürfnis, sich an der „Ameise“ zu reiben. Sie tut das natürlich in ihrer satzsaft bekannten Art, in der sie eine unübertreffliche Meisterschaft erworben hat. Das Blatt schimpft darüber, weil wir die Bemerkung brachten: Wir fänden es merkwürdig, daß zufällig der vom Berufsverband deutscher Keramarbeiter mit dem Arbeitgeberverband der feinkeramischen Industrie abgeschlossene Manteltarifvertrag den gleichen Wortlaut habe, wie der unserige. Wer bei den Münchener Verhandlungen dabei war, wer gesehert hat, zu welcher Nebenrolle dort die christlichen Verbandsführer verurteilt waren, der sollte weniger den Mund voll nehmen. Wenn wir die Münchener Verhandlungen im Bild gebracht hätten, wäre es die beste Aufklärung für die Mitglieder der christlichen Organi-

sation gewesen. Sie hätten dann erkennen können, daß der von anderer Seite geprägte Ausdruck „Verkaufskommission“ tatsächlich seine Berechtigung hatte. Wir wollen es unseren Mitgliedern und der Öffentlichkeit mit anderen Worten sagen, warum zufällig der Manteltarifvertrag des Berufsverbandes der Keramarbeiter den gleichen Wortlaut wie der unserige hat: Die Christen haben unseren Vertrag einfach angenommen, weil ihre Kommission gar keinen Einfluß auf die Verhandlungen hatte. Das ist eine Tatsache, um die man sich mit Schimpfworten nicht herumschlingeln kann. —

Unsere weitere Feststellung, wie ungenügend die finanzielle Grundlage des Berufsverbandes deutscher Keramarbeiter zu seiner Mitgliederzahl am Ende des Jahres 1921 im Gegensatz zum Porzellanarbeiterverband sei, will die „Keramarbeiter-Zeitung“ mit einigen nichtsjagenden Nebensarten hinwegdisputieren. Dadurch wird jedoch die Wirklichkeit nicht aus der Welt geschafft. Es bleibt dabei, daß der genannte Verband am Jahreschluß 1921 mit 113032 Mitgliedern das gleiche Vermögen hatte, wie unser Verband mit der Hälfte Angehöriger. Hätten die Mitglieder des christlichen Verbandes ähnlich hohe Beiträge, wie unsere bezahlt, so müßten die Klassen- und Vermögensverhältnisse bei ihm besser sein. Soviel Einsicht wird bei den Angehörigen des Berufsverbandes deutscher Keramarbeiter noch voraussetzen sein, daß sie das begreifen. Von der Schriftleitung kann man diese einfache Logik nicht verlangen. Sie muß von ihr selbst geschriebene Feststellungen mit naiven Nebensarten umfleiden, um den eigenen Anhängern die Köpfe zu umnebeln. Wir warten ruhig den Geschäftsbericht des Berufsverbandes deutscher Keramarbeiter für das Jahr 1922 ab, dann weisen wir den Christen wieder an Hand ihres Klassenabchlusses nach, wer die höheren Beiträge auch im Jahr 1922 bezahlt hat. Im Jahre 1921 haben die Christen niedrigere Beiträge in ihrem Verband geleistet als wir. An diesem Sachverhalt ändert alles Schreiben der „Keramarbeiter-Zeitung“ wenig.

Die Mitglieder des Berufsverbandes deutscher Keramarbeiter sollten dafür sorgen, daß ihre Vertreter etwas mehr Sachlichkeit üben und Feststellungen ihrer eigenen Leitung nicht mit Schimpfen aus der Welt reden. Wer schimpft, hat unrecht, sagt der Volksmund. Bei der „Keramarbeiter-Zeitung“ trifft das zu.

Streiks in wichtigen Industriestaaten.

Ueber die Streiks in den wichtigsten Industriestaaten, soweit sie im ersten Halbjahr 1922 erfolgten, bringt die „Schweizerische Arbeiterzeitung“ eine statistische Uebersicht. Am größten war danach die Zahl der Streikenden in Amerika mit 1989 und über 6600 Streiktage. Das Deutsche Reich steht mit 1416 Streikenden und fast 26000 Streiktage an zweiter Stelle. Dann folgen England (796 Streikende und 21000 Streiktage), Italien (537 Streikende und 13000 Streiktage), dann die Tschechoslowakei, Indien, Polen, Holland, Südafrika, Dänemark, Spanien, Mexiko, Japan, Frankreich, China, Belgien, Österreich, Ungarn, Portugal, Ägypten, Argentinien, Finnland, Schweden, Norwegen, Schweiz. Wenn die einzelnen Zahlen auch nicht genau miteinander verglichen werden können, da die Erhebungen in den verschiedenen Ländern auf verschiedenen Erhebungen beruhen, so ist dennoch das Verhältnis als solches richtig und beachtenswert. Es ist auffallend, daß Frankreich trotz seiner Größe und trotz der durch den Versailler Vertrag gewonnenen Industrie an 14. Stelle steht. Vielleicht läßt sich diese Streikziffer als Zeichen des inneren Niederganges werten. Im ganzen streikten im ersten Halbjahr 1922 in den genannten Ländern fast 7 Millionen Arbeiter mit 174 Millionen Streiktage. Außerordentlich langwierig waren die Kämpfe in den Vereinigten Staaten, wo auf einen Streikenden 31 Streiktage entfallen. Am kürzesten dauerte der Streik in Deutschland mit nur 19 Streiktage im Durchschnitt auf einen Streikenden. Vielleicht läßt sich auch diese deutsche Streikziffer werten, und zwar als Symptom für die Macht und Stärke und Bedeutung eines festgefügt gewerkschaftlichen Zusammenschlusses, wie ihn das arbeitende Volk Deutschlands in vorbildlicher Weise benutzt. Insofern kann uns diese Zahl recht lehrreich sein und zu neuem organisatorischen Schaffen anregen.

Das Existenzminimum in der ersten Novemberhälfte 1922.

Von Dr. W. Czajkowski

(Nachdruck verboten.)

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin in der ersten Novemberhälfte anderthalbmal so hoch wie in der zweiten

Kartoffeln 312mal soviel, Zucker 40mal soviel, Milch 465mal soviel,

Briketts 512mal soviel, Bohnen 750mal soviel, Graupen 800mal soviel, Reis 818mal soviel, Margarine 875mal soviel, Speck 980mal soviel, Erbsen 990mal soviel, Brot im freien Handel 1071mal soviel. Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung	2372	3996	5321
Wohnung	72	72	72
Heizung und Beleuchtung	835	835	835
Bekleidung	1597	2661	3726
Sonstiges	1608	2496	3284
1. Novemberhälfte 1922	6484	10060	13298

Auf den Arbeitstag ungerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst in der ersten Novemberhälfte 1922 für einen alleinstehenden Mann 1081 M., für ein kinderloses Ehepaar 1677 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6—10 Jahren 2206 M. Auf das Jahr ungerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 384250 M., für das kinderlose Ehepaar 524800 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 690600 M.

Zum letzten Kriegsjahr bis zur ersten Novemberhälfte 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 auf 6484 M., d. h. auf das 387,1fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 10060 M., d. h. auf das 451,1fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 auf 13298 M., d. h. auf das 459,7fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Mark in der ersten Novemberhälfte etwa 1/4 Pf. wert.

Wirtschaftliches.

Verkürzte Arbeitszeit in der Schuhindustrie. „Der Schuhmacher“, das Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands, berichtet über die Kurzarbeit in der Schuhindustrie. Ihm ist im ganzen aus 109 Zahlstellen über 871 Fabrikbetriebe mit zusammen 70754 Arbeitern berichtet worden. Zu dem angegebenen Zeitpunkt hatten von diesen eine Arbeitszeit von

wöchentl. 47 Std. (Vollarb.)	499	Betriebe mit	37255	Arbeitern	(52,7 %)
„ 40—46 „ (Kurzarb.)	60	„	6658	„	(9,4 %)
„ 33—39 „	114	„	9285	„	(13,1 %)
„ 24—32 „	123	„	10568	„	(14,9 %)
„ bis 24 „	55	„	6560	„	(9,3 %)
gänzlich stillgelegt waren	24	„	428	„	(0,6 %)

Aus einigen Orten wird über Ankündigung von Arbeitszeitverkürzungen für die nächsten Wochen berichtet. In anderen Orten ist, nachdem einige Wochen verkürzt gearbeitet wurde, seit Beginn des Monats wieder die normale, 47stündige Arbeitszeit aufgenommen.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftliche Vorschläge. Die Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften haben in Anbetracht der Preissteigerungen und des Fallens der Mark in einer der Regierung vorgelegten Denkschrift ihre Vorschläge zur Stabilisierung der Mark verarbeitet. Es soll damit die Mark auf einen festen Stand gebracht werden, wodurch verhindert werden soll, daß bei den notwendigen Lohnerhöhungen die Lebenslage der arbeitenden Schichten immer unhaltbarer und schlechter wird. Es wäre dringend angebracht, daß im In- und Auslande die Stimme der Gewerkschaften gehört würde. Je geschlossener und einiger die Mitglieder hinter ihren Organisationen stehen werden, desto stärker wird die Wirkung sein, die die Denkschrift ausüben wird.

Adressenänderung. Die Adresse des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen Deutschlands ist vom 10. November ab: Charlottenburg 9, Meerscheidtstr. 16, I.

30jähriges Verbandsjubiläum. Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer kann auf ein 30jähriges Bestehen zurückblicken. Er hat anlässlich dieses Jubiläums sein Fachblatt „Deutscher Maschinist und Heizer“ Nr. 23 als Festnummer ausgestattet, in der die Entwicklung der Organisation innerhalb der 30 Jahre festgehalten ist. Im Jahre 1892 wurde in Berlin der Grundstein zum Organisationsgebäude gelegt, wobei seinerzeit 1200 Bahnbrecher mitwirkten; heute sind 106373 Kämpfer im Verband vereint, die sich auch auf einen starken finanziellen Rückhalt stützen können. Ob der Verband der Maschinisten und Heizer noch weiter 30 Jahre als eigene Organisation bestehen bleiben wird, ist fraglich; denn heute zielen schon Bestrebungen darauf hin, ihn dem Metallarbeiterverband anzugliedern. In der nächsten Zeit schon wird eine Mitgliederversammlung über diese Frage entscheiden.

Die niederländische Gewerkschaftsbewegung. Das amtliche Zentralbureau für Statistik veröffentlicht vorläufige Zahlen über den Mitgliederstand der Gewerkschaften am 1. Januar 1922. Danach betrug die Gesamtzahl der Organisierten mit Einfluß der „Aspirantenmitglieder“ 640585, davon 43869 weibliche. Dem Niederländischen Verband der Fachvereine (dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen) gehörten an 217446 (33,94 v. H.), dem Bureau der römisch-katholischen Fachorganisation 142430 (22,24 v. H.), dem Christlich-Nationalen Fachverband 71332 (11,14 v. H.), dem Allgemeinen Niederländischen Fachverband („neutrale“ Richtung) 49341 (7,70 v. H.) und dem Nationalen Arbeitssekretariat (syndikalistisch) 31332 (4,90 v. H.). Die einem Spitzenverbände angeschlossenen Organisationen hatten 128654 Mitglieder.

Zum Gewerkschaftswesen in Indien. Das von den Gewerkschaften und der „Labour Party“ in England gemeinsam herausgegebene „Labour Magazine“ berichtet in seinem Oktoberheft nach der indischen „Labour Gazette“, daß in Indien zurzeit 22 Gewerkschaften mit einer Gesamtzahl von 57914 Mitgliedern vorhanden sind. Es werden zwar im ganzen 77 Verbände mit 108731 Mitgliedern angegeben; der Bericht stellt jedoch fest, daß viele von ihnen eher als Streikauschüsse anzusehen sind, fast als dauernde Organisationen.

Frauen-Beilage.

Sozialist sein, heißt keineswegs bloß den Triumph einer bestimmten Partei vorbereiten, einen bestimmten Teil des Volkes einfach zur Macht bringen. Nein, es heißt arbeiten für eine Gesellschaftsordnung, in der alle aktiven Kräfte harmonisch verbunden werden und zu aller Nutzen zusammen wirken sollen. Das gilt für die Kinder eines Landes sowohl als auch für die verschiedenen Nationen. Frieden soll an die Stelle des Krieges treten, gegenseitige Dienste und Sympathie an die Stelle streitenden Eigenwillens und die Solidarität der Interessen an die Stelle der Hingellosigkeit, der Selbstucht.

August Bebel.

Kolleginnen, helft mit!

Aus der vorigen Nummer der „Ameise“ war ersichtlich, daß fast die Hälfte unserer Verbandsmitglieder Frauen und Mädchen sind. Sie stellen also in unserem Verbandsleben eine Macht dar. Leider kommt diese nur zahlenmäßig zum Ausdruck; von ihrem Einfluß auf den Werdegang unserer Organisation, noch weniger auf den des Wirtschaftslebens ist meist gar nichts zu verspüren. Das ist ein Nachteil für uns und noch mehr für die weiblichen Verbandschwestern selbst. Die Teilnahmslosigkeit, die Gleichgültigkeit so vieler Frauen und Mädchen an ihrem Schicksal, das für 99 Proz. von der wirtschaftlichen Stellung abhängig ist, rächt sich bitter. Sie hat dazu geführt, daß das weibliche Geschlecht vom Unternehmertum als billigeres Ausbeutungsobjekt angesehen wird. In den Fabriken kommt es vor, daß Frauen und Mädchen für Arbeit, die auch Männer machen, weniger erhalten. Woher nehmen die Arbeitgeber dieses unsittliche Recht, einer Frau weniger für eine Arbeit zu geben, wie einem Mann?

Dieser offensichtliche Betrug an den Arbeiterinnen kann nur begangen werden, weil er sich durch langjährige Ueberlieferung im gesellschaftlichen Leben eingebürgert hat. Wollen unsere Frauen und Mädchen das weiter dulden? Regt sich in ihnen nicht der Gedanke, sich dagegen zu wehren? O ja! Viele Frauen und Mädchen empfinden dies und noch manches andere als eine Schmach. Sie möchten sie wohl von ihrem Geschlecht abwenden, aber es fehlt ihnen die Kraft, der Mut, die Fähigkeit, in diesem Kampf die Fahne voraus zu tragen. Nach ein bis zwei Versuchen im Feldzug gegen die gesellschaftlichen Vorurteile werden die Frauen und Mädchen flügelarm, mutlos. Sie, die in anderen Lebenslagen so unendlich Schweres erdulden und ertragen können, ermatten stets zu früh in den vorderen Reihen der Streiterscharen für bessere Lebensbedingungen. Wäre es nicht so, müßten unsere Kolleginnen im Verband viel rühriger sein.

Freilich haben sie gegenwärtig den Kopf voll anderer Nöte. Es ist dies kein Wunder. Die Kunst des Haushaltens für Verheiratete und Ledige wird immer schwerer. Die Verhältnisse sind bald nicht mehr zum Ertragen. Sie erdrücken die Frauen fast. Aber gerade in dieser traurigen Lage muß doch so mancher zum Bewußtsein kommen, daß es so nicht mehr lange weiter gehen kann und darf. Wie nun ändern? Schimpfen hilft nichts, es ändert auch nichts. Hand anlegen wird nicht geduldet. Da heißt es schon, alle gegebenen Rechte in jeder Beziehung ausnützen und die Entwicklung beeinflussen. Im letzten Augenblick hilft dieser Rettungsanker nicht sehr viel, weil es schon zu spät ist.

Trotzdem müssen wir hier einsehen, um vorzubeugen. Die vielen Leidensgenossinnen und -genossen der Jetztzeit könnten nämlich sehr gut eine starke Wirkung auf die politischen und wirtschaftlichen Dinge ausüben. Sie können es deshalb nicht, weil sie kein geschlossenes Ganzes sind, keinen einigen Willen haben, kein Ziel kennen und würfzig ihr Los hinnehmen. Wir müssen uns, so schwer das gegenwärtig auch ist, gegenseitig dazu erziehen, unser einzelnes Wollen zu vereinen. An dem Entwicklungsgang unserer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen rührigen Anteil nehmen, uns hinein vertiefen, die Dinge und ihre Ursachen zu begreifen versuchen, das bringt uns unzweifelhaft Schritt für Schritt zum Ziel, wenn es auch nicht sofort jeder Kollegin als eine Lohnerhöhung ins Auge fällt. Die Verhältnisse sind immer härter als die Menschen; aber doch müssen wir bemüht sein, auf sie einzuwirken. Die einen tun es in der, die anderen in ihrer Art. Beide wollen gewinnen. Es kommt ganz auf die Stärke der ringenden Scharen an und auf das, was sie befeuert. Zu der einen Seite gehören wir Besitzlosen. Daß wir gewinnen, hängt also von uns ab. Tragt alle zu unserem Siege bei.

Gerade auf Euch Frauen und Mädchen kommt es an. Jahr-
hundertlang konntet Ihr nicht mithelfen, weil Ihr rechtlos wartet.

Jetzt holt nach, was versäumt worden ist! Beginnt Euch hinein zu arbeiten in das Getriebe, wie Ihr eine andere Arbeit anfaßt. Übung wird Euch zum Meister machen. Nur nicht zögern. Werdet selbst Eures und Eurer Klasse Schicksals Schmied.

Frauen und Mädchen, hinweg mit dem, was uns schadet, eignet Euch die Führung der geistigen Waffen an, wir wollen Euch helfen.

Uns Wert!

Nur tausend Mark Differenz.

Die junge Frau war es von dem elterlichen Haushalt her gewöhnt gewesen, jeden auch noch so kleinen Betrag aufzuschreiben. Von Zeit zu Zeit guckte dann der Chemann hinein, rechnete seiner Frau ab, gab ihr neues Wirtschaftsgeld und brummte wohl auch mal leise ein wenig, wenn die Frau am Ende des Monats nicht wußte, was mit fehlenden zwei bis drei Mark geworden war. Heimlich hatte er nämlich seine Frau in Verdacht, daß sie mit dem Geld, das sie angeblich nicht nachweisen konnte, „Londitern“ gegangen sei. So war das auch während des Krieges und nach ihm geblieben. Und nun saß der Mann abermals und rechnete und sagte schließlich: „Ich weiß nicht, Emma, warum Du schon wieder neues Geld haben willst. Du mußt doch noch tausend Mark haben!“ Und er betonte das „Tausend“ ganz besonders. Die Frau erschrak: „Das ist doch gar nicht möglich!“ — „Na, sieh doch hier“, sagte ihr Mann gereizt, „tausend Mark weniger ausgegeben als erhalten. Wo ist denn das Geld?“ Die Frau grübelte bereits angestrengt, dachte an Eier, Mehl, Kartoffeln, Kohl, Seringe, Salz, aber die fehlenden tausend Mark brachte sie nicht zusammen. Wie war das nur möglich? Tausend Mark? So einen riesenhaften Betrag! Und der Mann ließ ihr auch keinen Zweifel, daß er es unerhört finde, daß sie über einen derart großen Betrag nicht mal Rechenschaft ablegen könne. Jedenfalls war für den Abend die Gemütslichkeit der beiden gestört. Am anderen Morgen ging der Mann mürrisch weg! „Was ist das für eine Hausfrau“, dachte er, „die nicht mal weiß, wo sie tausend Mark gelassen hat?“ Sein erstes Wort, als er wieder heimkam, war: „Na, hast Du es rausgefunden?“ Die Frau sah ihn merkwürdig an, halb traurig, halb spöttisch und reichte ihm wortlos das Wirtschaftsbuch. Er schlug es hastig auf und las: 1 Pfund Schmalz . . . 1000 Mk. Die Hand, die das Buch hielt, fiel schlaff auf den Tisch; er senkte den Kopf und fuhr sich mit der freien Hand verlegen und gequält über das Gesicht. Natürlich, das war ja so furchtbar einfach. Ein Pfund Schmalz kostet heute tausend Mark und morgen vielleicht schon 1300. Ein Pfund Schmalz kann die Hausfrau schon vergessen, anzuschreiben. Das kann man ihr nicht übelnehmen, und es ist nicht der Mühe wert, ein Wort darüber zu verlieren, wenn heutzutage die Hausfrau mal nicht weiß, wo sie tausend Mark gelassen hat. Aber immerhin, wenn man nur 5000 Mk. wöchentlich verdient und davon allein für ein Pfund Schmalz tausend Mark ausgeben muß, was ist denn das? Ist das nicht schamlose gemeine Ausplünderung? Der Mann legte die harten Hände ineinander und stierte in wortloser Qual in eine Zimmerdecke . . . Nur tausend Mark! Klang es ihm höhnisch in die Ohren.

Berufsausbildung arbeitsloser Frauen.

Um den Frauen, die keine Arbeit haben, ihrer aber aus wirtschaftlichen Gründen bedürfen, eine Berufsausbildung zu geben, hat man in England eine großzügige Einrichtung geschaffen. Man hat die Frauen in der Zeit der Berufslosigkeit für bestimmte Berufe geschult und ihnen dadurch zum sehr großen Teile die Möglichkeit gegeben, eine Tätigkeit zu finden. Die Zahl der voll-arbeitslosen Frauen ist auf diese Weise im letzten Jahre von 439 000 auf 169 000 herabgegangen.

Für wen arbeiten die da in später Stunde? Für sich? Für ihre Kinder, die mit dem Stüd trodenen Brotes zu Bett gegangen sind? Für ihre Weiber, die, wenn sie nicht in dieser Hölle an irgendeine Maschine geschmiedet sind, zu Hause sitzen und Wäsche stopfen? Oder arbeiten sie für den Mann, der die Kunst versteht, aus den Schweißtropfen dieser Armen den delikatesten Champagner zu destillieren? Wenn ich nichts weiter zustande brächte, als dieses eine, daß diese Männer für die übrige Zeit ihres Lebens eine Stunde früher sich den Fuß von ihren Gesichtern waschen — ich würde sagen, ich habe nicht umsonst gelebt.

Friedrich Spielhagen.

Von der Porzellanindustrie.

Aktienkapital-Erhöhung.

Die Generalversammlung der Keramischen Werke Offstein und Worms, A.-G. in Worms, beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals von 12½ auf 25 Millionen Mark. Die Aktienübernahme erfolgt durch die Rheinische Kreditbank, Filiale Worms, die den alten Aktionären die Hälfte der jungen Aktien im Verhältnis von 2:1 zu 150 Proz. zum Bezug anbieten wird. Die restlichen 6 250 000 Mk. Aktien verbleiben einstweilen im Portefeuille der Gesellschaft.

Die feinkeramische Industrie im Oktober. Ueber die Lage der feinkeramischen Industrie im Oktober wird dem „Berliner Tageblatt“ geschrieben: Die Versorgung der Werke mit inländischen Kohlen ist nach wie vor völlig unzureichend. Die keramische Industrie ist gezwungen, etwa 60 Proz. ihres Kohlenbedarfs aus dem Auslande zu decken. Es dürfte für kleinere Werke schwierig sein, bei einem Dollarkurs zwischen 8000 bis 9000 Auslandskohlen zu beziehen. Es ist darum nicht ausgeschlossen, daß es bei einigen Firmen zu Betriebs-einstellungen kommen wird. Die Erhöhung des Lohnes der Arbeiter der feinkeramischen Industrie betrug im Monat Oktober durchschnittlich 70 Proz. In nächster Zeit dürften eher Entlassungen als Einstellungen stattfinden. Obgleich die feinkeramische Industrie die Preise auf dem Inlandsmarkt bewußt niedrig hält, ist die Preisentwidelung derart, daß der Absatz auf dem Inlandsmarkt zurückgegangen ist. Auch im Auslande macht sich eine Absatzstockung bemerkbar. Der Beschäftigungsgrad der genannten Industrie ist zwar nicht als sehr gut, aber noch als leidlich anzusprechen. Außerordentlich gut beschäftigt war die Steingutindustrie, für die aus dem Inlande wie aus dem Auslande erhebliche Aufträge vorlagen.

30 Prozent Dividende. Die von der Porzellanfabrik G. & A. Müller, Schönwald, vorgeschlagene Dividende in Höhe von 30 Proz. nahm die Generalversammlung an. Neu in den Aufsichtsrat wurden gewählt: Bankdirektor Max David von der Bank für Thüringen in Meiningen und Bankier Otto Garsch von der Bankfirma Garsch, Simon & Co., Berlin; letzterer als Vertreter der Gruppe Porzellanfabrik Schachtel.

Porzellanfabrik Königszell. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 30 Proz. fest. Den Stammaktionären fiel außerdem noch ein Extrageschenk in Form einer Sondervergütung von 100 Mk. für eine Stammaktie zu. Außerdem wurde berichtet, daß für das laufende Geschäftsjahr genügend Aufträge vorliegen, so daß wieder auf einen günstigen Abschluß gerechnet werden kann. — Die Aktionäre mit Stammaktien werden diesen „Segen“ schmunzelnd einsehen, trotzdem er in Papierscheinen gegeben wird.

Preiserhöhungen. Die Vereinigten Porzellan-Isolatoren-Werke, G. m. b. H. in Berlin (Hochspannungs-Isolatoren-Syndikat), haben mit Wirkung ab 16. November 1922 ihren zurzeit geltenden Teuerungszuschlag auf 3800 Proz. erhöht. Die neuen Preise gelten für die zweite Novemberhälfte. — Den gleichen Teuerungszuschlag ab 16. November verlangt auch der Verband Deutscher Elektrotechnischer Porzellanfabriken für seine Erzeugnisse. — Die Vereinigten Steingutfabriken haben ebenfalls eine weitere Erhöhung ihrer Produktpreise ab 16. November vorgenommen. Der Zuschlag wurde auf 10 000 Prozent für Weiß und 11 600 für Gold festgesetzt. — Die Interessengemeinschaft der übrigen Porzellanfabriken, bei der bekanntlich die Löhne nach „Keramos“ nicht zur Preisberechnung herangezogen werden, weil sie als Papiermarktlöhne anscheinend keinen wesentlichen Einfluß auf die Preisbildung ausüben, hat den Multiplikator auf 46 ab 16. November festgesetzt. — Der Verband deutscher Tschelosenfabrikanten erhöhte den am 8. Oktober festgesetzten Preis für vorgeformte Chamottewaren und Schmelzwaren von 1600 Proz. auf 3300 Prozent, für Glättewaren und behütete Chamottewaren von 1800 Prozent auf 3300 Proz.

Aus unserem Beruf.

Berlin-Charlottenburg. Schildermaler. Der Stundenlohn beträgt vom 16. bis 30. November 175 Mk. für die 1. Klasse und 171,50 Mk. für die 2. Klasse.

Arbeitseinschränkungen stehen bevor. Aus Waldenburg erhalten wir die Mitteilung, daß in den Fabriken Lisch und Rister Arbeitseinschränkungen angekündigt wurden. Sie sollen bis nach Weihnachten vermieden werden. Dafür werden jedoch die Frauen, deren Männer in ihrem Berufe vollbeschäftigt sind, entlassen. Es kommen an die 200 Frauen in Betracht.

Versammlungsberichte.

Anna. Die außerordentliche Zahlstellenversammlung am 14. November nahm Stellung gegen die jetzige Teuerung. In der Ansprache ist festgestellt worden, daß das letzte Lohnabkommen vom 29. Oktober durch die rapide Teuerung in wenigen Tagen überholt wurde und somit als ungenügend bezeichnet werden muß. In Zukunft dürfen die Lohnabkommen nicht länger als auf 8 Tage abgeschlossen werden, um dadurch die Löhne der Preissteigerung einigermaßen anzupassen. Unter anderem wurden noch folgende Resolutionen von der Versammlung angenommen: „Die außerordentliche Zahlstellenversammlung vom 14. November fordert den Hauptvorstand auf, bei den kommenden Lohnverhandlungen sich für die Erhöhung der Löhne einzusetzen, daß die Löhne mit der Teuerung in Einklang gebracht werden, und zwar in der Form, daß, sobald die Löhne in die Höhe gehen, die Löhne sich steigern.“ „Die Zahlstellenversammlung stellt sich einmütig hinter die Betriebsrätebewegung.“

Mannheim. Am 6. November fand in Räfertal eine außerordentliche Zahlstellenversammlung statt, in der der Genosse Apel vom Hauptvorstand über die letzten Lohnverhandlungen in München und über ander gelauntes Lohn- und Tarifwesen referierte. Seine Ausführungen enthielten in dem Grundsatze: Die im Lohnabkommen festgesetzten Löhne sind Mindestlöhne; jedes Mitglied hat die Pflicht, an der Verbesserung unserer Lohnverhältnisse mitzuarbeiten. Neuerdings ist ja auch eine besondere Lohnaufgabe in unserem Lohnabkommen festgelegt, die höhere Löhne als die Einkommen vorzieht. In einem trogen Teil mußte sich Apel in seinem Referat mit den unzulässigen

Verhältnissen im Sternerschen Betrieb befassen. Schuld daran trägt der Betriebsratsvorsitzende Philipp Bauer, der sein Amt dazu mißbraucht, die Belegschaft des Betriebes zu tyrannisieren. Das doch vor ganz kurzer Zeit Bauer es fertiggebracht, einen organisierten Kollegen, den Schriftführer der Zahlstelle, einen Vater von fünf Kindern, auf's Vblaster zu schmeißen. Eine Klage beim Schlichtungsausschuß blieb ohne Erfolg, weil der Betriebsrat seine Zustimmung zur Entlassung gab. Apel, sowie alle nachfolgenden Redner, darunter der Gauleiter Fahn, der Betriebsratsekretär Bischoff-Mannheim, geißelten in scharfen Worten das Verhalten des Bauer und verlangten seinen Austritt. Bauer bemerkte, hierzu könne ihn keine Zahlstellenversammlung veranlassen; wenn aber die Betriebsversammlung ihn ein Mißtrauensvotum ausstellen würde, so würde er zurücktreten. In der Diskussion wurde der Antrag gestellt und auch in geheimer Abstimmung angenommen, beim Hauptvorstand den Ausschluß des Bauer aus dem Verbands zu beantragen. Wenn der Hauptvorstand dazu Stellung genommen hat, hat die Belegschaft dazu das letzte Wort zu sprechen.

Oschag. Nachdem bis zum 6. November bei uns ein Bericht über den Stand der stattgefundenen Lohnverhandlungen nicht eingegangen war, machte sich die sofortige Abhaltung einer Zahlstellenversammlung notwendig, um zu beraten, was nun in dieser Angelegenheit zu tun sei. Vorher erkundigte sich der Vorsitzende telefonisch bei der Gauleitung in Dresden über den Stand der letzten Lohnverhandlungen. Von dort wurde ihm der Bescheid, daß der Bericht eigentlich längst hätte in unseren Händen sein müssen, er sei jedenfalls auf der Post verlorengegangen. In der Versammlung gab der Vorsitzende das Resultat bekannt. Erfolg: Gar nicht, denn erst acht Tage nach Ablauf des alten Tarifes erfahren die Kollegen den neuen und bekommen endlich nach vierzehn Tagen den neuen Tariflohn. Inzwischen sind aber alle Preise derart gestiegen, daß von einer Lohnverhöhung überhaupt nichts gemerkt wird. Wir ersuchen nun den Vorstand, die künftigen Verhandlungsteilnehmer zu unterrichten, daß sie bei kommenden Lohnverhandlungen dahin wirken, daß nach Ablauf des alten Tarifes sofort der neue in Kraft treten muß und schon zwei bis drei Tage vor Inkrafttreten des neueren Tarifes die Zahlstellen von demselben unterrichtet sind, also die Lohnverhandlungen immer vorher stattzufinden haben. Die Herren Unternehmer vereinbaren doch den Preis für ihre Ware mit ihren Abnehmern doch ebenfalls nicht erst hinterher und richten sich dabei noch genau nach dem Dollarkurs, nicht aber geschieht dies bei Lohnverhandlungen. Wir können z. B. dem Bäcker und Fleischer ebenfalls nicht sagen: „Ich kann Dir den neuen Preis für Deine Waren noch nicht zahlen, ich muß erst meinen Tarif abwarten!“ Was in anderen Verbänden möglich ist, muß bei uns erst recht gehen. Ferner schließt sich die Versammlung einmütig der in der „Ameise“ Nr. 44 abgedruckten und von der Zahlstellenversammlung Berlin-Charlottenburg gefaßten Resolution betr. „Neubau eines Verbandshauses“ hiermit an.

Wir brachten die Meinung der Oschager Kollegenschaft wörtlich zum Ausdruck. Es ist davon zu ersehen, wie hilflos manche Zahlstellen den Verhältnissen gegenüberstehen. Daß eine Effektivlohnverhöhung von 60 Proz. „gar nicht“ bedeutet, ist denn doch eine etwas zu läbliche und leichtfertige Behauptung. Die Lohnverhöhung stand nicht im Verhältnis zu den Preissteigerungen, sie war zu gering, das ist richtig, daß sie aber „gar nicht“ gebracht habe, ist falsch. Die acht Tage Verzögerung bringen doch keinen Lohnausfall, denn die neuen Tariffätze gelten doch sofort vom Ablauf des alten ab, selbst wenn der neue Tarif erst vierzehn Tage später in die Hände der Oschager Kollegen kommt. Auch die Verhandlungen nach Ablauf der alten Tarifdauer beeinträchtigen in keiner Weise das Inkrafttreten des neuen Lohntarifes, das sollte den Kollegen in Oschag wirklich einleuchten. Bei einigermaßen Nachdenken hätten sie sich diese „Verirrung“ sparen können. Die Redaktion.)

Rheinsberg. Am 17. November fand eine außerordentliche Zahlstellenversammlung statt, zu welcher der Kollege Apel vom Hauptvorstand erschienen war. Vom Vorsitzenden Kollegen Möbius wurde dem Kollegen Apel klar gemacht, warum von der Zahlstelle sein Erscheinen gewünscht wurde. In einem 1½stündigen Vortrag schilderte der Kollege Apel der Versammlung, wie schwierig es ist, ein Lohnabkommen zustande zu bringen. Er betonte, daß die schlechten Lohnabkommen auf die Starrköpfigkeit der Unternehmer zurückzuführen sind und nicht etwa ein frivoles Spiel der Verhandlungskommission seien. Er ging weiter auf die Notwendigkeit eines Reichsmanteltarifes ein und verpflichtete hierbei die Für und Wider. In der darauffolgenden Diskussion, an welcher sich mehrere Kollegen beteiligten, wurden dem Kollegen Apel verschiedene Ratschläge und Richtlinien zur nächsten Lohnverhandlung mit auf den Weg gegeben. Alle Redner betonten, daß vor allen Dingen bei den nächsten Verhandlungen unbedingt etwas mehr für die Zeitlohnarbeiter herausgeholt werden mußte. In seinem Schlusswort erklärte Kollege Apel, daß er selbst mit dem Lohnabkommen nicht einverstanden sei, und versprach, die von den Diskussionsrednern angeführten Wünsche mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen. Mit Freuden konnte er feststellen, daß sämtliche Redner ruhige und sachliche Ausführungen machten, und daß auch die Kommunisten gute Gewerkschaftler und keine Gewerkschaftszerstörer seien. Kollege Apel bedankte sich für die freundliche Aufnahme und hoffte, bald wieder Gelegenheit zu haben, in unserer Mitte zu verweilen. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Zahlstelle des Porzellanarbeiterverbandes Rheinsberg beauftragt den Hauptvorstand, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln beim ADBG darauf zu bringen, daß der Achtstundentag unter allen Umständen ohne die kleinsten Zugeständnisse aufrecht zu erhalten ist, und daß zu diesem Zwecke alle Kampfmittel der freien Gewerkschaften in die Waagschale zu werfen sind. Sollte die Leitung des ADBG den Achtstundentag in irgendeiner Form preisgeben, so soll der Porzellanarbeiterverband aus dem ADBG austreten, um freie Hand in der Frage des Achtstundentages zu haben.“

Weißwasser. In der letzten Zahlstellenversammlung wurde das Ableben des Kollegen Albert Hellwig aus Ruhland durch Erheben von den Plätzen geehrt. Eine Sammlung für seine unbemittelte Ehefrau fand Zustimmung. Darauf wurde das neue Lohnabkommen sehr stark kritisiert. Folgende Resolution fand dazu Annahme: „Die Zahlstellenversammlung vom 8. November in Weißwasser erhebt schärfsten

Protest gegen das letzte Lohnabkommen vom 29. Oktober, da dieses ungenügend und viel zu langfristig ist. Die Versammlung erkennt die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen an, fordert aber, daß die Abkommen, wenn nicht mehr herauszuholen ist, nur auf acht bis vierzehn Tage abgeschlossen werden, oder wenigstens mit Vorbehalt, damit jederzeit neue Forderungen eingereicht werden können. Der Kollegen-schaft kann nicht zugemutet werden, bei diesen unsicheren Zeiten und dem schwankenden Dollar sich auf so lange Zeit zu binden. Wir fordern deshalb vom Hauptvorstand, sich bei den nächsten Verhandlungen von diesem Gesichtspunkt leiten zu lassen."

Bekanntmachung.

In der gemeinschaftlichen Sitzung des Vorstandes und Beirates am 2. Oktober d. J. wurde die Bestimmung des § 5, Biffer 2 des Statuts wie folgt geändert:

„Der wöchentliche Beitrag ist in der Höhe eines Durchschnitts-stundenverdienstes zu entrichten. Bei Aenderung eines Lohnabkommens ist deshalb der wöchentliche Beitrag sofort in der Höhe des neuen Durchschnittsstundenverdienstes zu zahlen.“

Gemäß dieser Bestimmung ist der wöchentliche Beitrag, wenn der Durchschnittsstundenverdienst sich erhöht, sofort in der Höhe dieses neuen Stundenverdienstes zu entrichten. Um obiger Bestimmung in jedem Falle gerecht werden zu können, sind die Beiträge in der bisherigen Weise weiter zu staffeln, und zwar bei einem Wochenverdienst

über 9 000 M. bis 9 750 M.	195 M. Beitrag
9 750 " " 10 500 "	210 " "
10 500 " " 11 250 "	225 " "
11 250 " " 12 000 "	240 " "
12 000 " " 12 750 "	255 " "
12 750 " " 13 500 "	270 " "

und so fort.

Die vorstehenden Beiträge müssen mit drei Beitragsmarken quittiert werden. Das bedeutet für die Kassierer, besonders für die Unterkassierer, eine Mehrarbeit, der sie sich aber im Gesamtinteresse unterziehen müssen, weil sich diese Mehrarbeit aus verwaltungstechnischen und Sparmaßnahmsrücksichten nicht vermeiden läßt.

Die Unterstützung beträgt im Erwerbslosenfalle:

Nach einer Beitragsleistung von:

Bei einem Wochen- beitrag von	52 Wochen pro		156 Wochen pro		260 Wochen pro		416 Wochen pro	
	Woche	Tag	Woche	Tag	Woche	Tag	Woche	Tag
195 M.	292,50	48,75	390	65	487,50	81,25	585	97,50
210	315,—	52,50	420	70	525,—	87,50	680	105,—
225	337,50	56,25	450	75	562,50	93,75	720	112,50
240	360,—	60,—	480	80	600,—	100,—	765	120,—
255	382,50	63,75	510	85	637,50	106,25	810	127,50
270	405,—	67,50	540	90	675,—	112,50	855	135,—

Im Sterbefall nach einer Beitragsleistung von:

Bei einem Beitrag von	52 Wochen		260 Wochen		520 Wochen	
	M.	M.	M.	M.	M.	M.
195	1950	2925	3900	3900	7800	
210	2100	3150	4200	4200	8400	
225	2250	3375	4500	4500	9000	
240	2400	3600	4800	4800	9600	
255	2550	3825	5100	5100	10200	
270	2700	4050	5400	5400	10800	

Im Mahregelungs- und Streikfalle nach einer Beitragsleistung:

Bei einem Beitrag von	Unter 52 bzw. nach 26 Wochen pro		Nach 52 Wochen pro		Nach 260 Wochen pro	
	Woche	Tag	Woche	Tag	Woche	Tag
195 M.	292,50	48,75	390	65	487,50	81,25
210	315,—	52,50	420	70	525,—	87,50
225	337,50	56,25	450	75	562,50	93,75
240	360,—	60,—	480	80	600,—	100,—
255	382,50	63,75	510	85	637,50	106,25
270	405,—	67,50	540	90	675,—	112,50

Der Vorstand, J. A. Wilb. Herben.

Neuwahl der Zahlstellenverwaltungen für das Jahr 1923.

Im Monat Dezember sind, entsprechend den Bestimmungen des § 28 des Statutes, die Neuwahlen der Zahlstellenverwaltungen vorzunehmen.

Der Vorsitzende, Schriftführer und Kassierer sind, jeder in einem besonderen Wahlgange, zu wählen.

Bei einer Mitgliederzahl von 50 bis 100 ist außerdem ein Beisitzer, für jede weitere angefangene 50 Mitglieder ein weiterer Beisitzer zu wählen. Die Wahl der Beisitzer kann in einem gemeinschaftlichen Wahlgange erfolgen.

In gleicher Weise sind 1 bis 8 Revisoren zu wählen.

Die Wahl von Stellvertretern ist im Statut nicht vorgesehen und demzufolge nicht erforderlich.

Nach § 28, Biffer 2 des Statutes ist jede Zahlstelle berechtigt, je nach Bedürfnis Unterkassierer zu wählen.

In derselben Versammlung, in der die Verwaltungsmitglieder gewählt werden, ist auch der Empfänger des Verbandsorgans, „Die Ameise“, zu bestimmen. Dessen Meldung wird bis zum 20. Dezember gewünscht. Weichen die Zahlstellen die Organempfänger bis zu diesem Zeitpunkt nicht, so muß die „Ameise“ bis zum 1. Februar 1923 an die alten Adressen weiter geschickt werden. Die alten Organempfänger haben bis dorthin ihre Pflicht zu erfüllen. Bei dieser Adressen die Postanstalt zu angeben.

Wählbar in die Verwaltung usw. sind alle Mitglieder, die mindestens drei Monate dem Verbands angehören. (Bei neugegründeten

Zahlstellen bleibt diese Bestimmung außer Anwendung.) Der Vorsitzende und der Schriftführer müssen beide großjährig sein, weil sie beide gemeinschaftlich für die Zahlstelle zu zeichnen haben.

Jeder Gewählte ist zur Annahme der Wahl verpflichtet. Nur Mitglieder, die bereits ein Jahr lang der Verwaltung angehört haben oder als Revisoren tätig waren, sind allein berechtigt, abzulehnen; Wiederwahl ist aber zulässig.

In den letzten Novembertagen erhält jede Zahlstelle zwei Formulare, in die die Mitgliedsnummer und Namen der Gewählten in deutlich lesbarer Schrift und mit genauer Angabe der Wohnung (Straße und Hausnummer) einzutragen sind. Eines dieser Formulare ist von der Verwaltung mit Stempel und Unterschrift zu versehen und spätestens bis zum 9. Januar 1923 an den Verbandschriftführer Albin Karl, Charlottenburg, Rosinenstr. 4, einzusenden.

Auch die neugegründeten Zahlstellen wollen ein solch ausgefülltes Formular wieder miteinsenden.

Um die Fertigstellung des Adressenverzeichnisses sobald als möglich bewirken zu können, wird ersucht, die vorstehend gestellte Frist zur Einsendung des Wahlformulars strikt innehalten zu wollen.

Das Verbandsbureau.

Zur Beachtung!

Aus Zuschriften an „Die Ameise“ geht hervor, daß eine Anzahl Zahlstellen Beschwerden wegen zu später Ankunft des Blattes einreichen. Diese Beschwerden können nicht verhindert werden. Zur Aufklärung geben wir der Mitgliedschaft bekannt, daß, wenn „Die Ameise“ jetzt am Montag oder Dienstag eintrifft, sie immer noch 4 bis 5 Tage früher als ehemals kommt. Am Dienstagmorgen wird die Redaktion abgeschlossen, am Mittwoch und Donnerstag wird gedruckt und am Donnerstagmittag werden die Pakete für die entferntesten Zahlstellen bei der Post aufgeliefert. Am Freitag früh kommt der Rest der Pakete und der Rollen zum Versand. Die Pakete sind bei der jetzigen Beförderungsart der Post also 3 bis 4, auch 5 Tage unterwegs. Eine schnellere Beförderung werden wir kaum erwarten können; denn die Sparmaßnahmen der Post dienen wohl kaum zur Beschleunigung des Verkehrs. Die Zahlstellen mögen sich an das jetzige Verfahren gewöhnen. Es ist trotz des anscheinenden Späteintreffens der „Ameise“ besser, weil das Organ eher in die Hände der Mitglieder kommt und weil mit diesem Verfahren Hunderttausende von Mark im Jahr erspart werden. Redaktion und Verlag.

Versammlungs-Anzeigen.

Berlin - Charlottenburg. Branchenversammlung der Schildermaler Donnerstag, den 7. Dezember, 5 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21. Neuwahl der Branchenleitung.

Emaillemaler. Donnerstag, den 7. Dezember, 5 Uhr, im Bureau, Raunstr. 85. Neuwahl der Branchenleitung.

Zahlstellenversammlung Freitag, den 15. Dezember, 7 Uhr, in der Staatl. Porzellan-Manufaktur, Charlottenburg, Wegelstraße. Neuwahl der Verwaltung.

Tiefenfurt. Zahlstellenversammlung am Sonnabend, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, in der Brauerei.

Anrufe!

Der Kollege Johann Bollberg, Dreher in Bonn, ist krank und liegt seit 6 Monaten im Krankenhaus. Seine Frau und 9 Kinder sind in bitterster Not, weshalb die Zahlstellen aufgefordert werden, etwas zu deren Vinderung beizutragen. Gelder sind zu senden an Ernst Hertel, Bonn, Sternenburgstr. 94.

Der Kollege Friedrich Weimann verunglückte im Januar 1918. Er ist in allen Kassen ausgereutert und befindet sich in bedauernder Lage. Die Zahlstelle hat schon genug für ihn getan und fordert die übrigen Zahlstellen auf, ebenfalls die Notlage Weimanns durch Spenden zu mildern. Gelder nimmt entgegen: Richard Ulrich, Viehla-Esterwerda, Berlinerstr. 191.

Der Kollege Julius Sommerer und die Kolleginnen Anna Röder und Anna Weiß sind schon seit langer Zeit krank und aus allen Kassen ausgereutert. Sie befinden sich in einer schlimmen Lage und der Zahlstelle ist es nicht mehr möglich, zu helfen. Sie richtet deshalb die Bitte an die übrigen Zahlstellen, durch freiwillige Spenden das Los der Genannten lindern zu wollen. Geldsendungen sind zu richten an: Georg Maier, Hohenberg (Eger), Selberstr. 111.

Die Zahlstelle Windisch-Eschenbach bittet für die Frau des verstorbenen Kollegen Josef Vilaum um eine Unterstützung. Als Begründung wird angegeben: Der Kollege Vilaum war schon mehrmals krank, die letzte Krankheitsdauer vor seinem Tode war 25 Wochen. Diese harte Zeit und das Begräbnis haben die Frau mit ihrem Kind in eine verzweifelte Lage gebracht. In Anbetracht dessen richtet die Zahlstelle, die schon ihr möglichstes getan hat, das Ersuchen an die Kollegen und Kolleginnen im Reich, der Familie eine Unterstützung zukommen zu lassen. Geldsendungen sind zu richten an: Albert Rüdler, Kufsteiner, Neuhaus bei Windisch-Eschenbach, Oberpfalz.

Die Kollegen Arno Böhme, Richard Reinhardt und Hermann Kaufmann, alle drei langjährige Mitglieder, sind schon seit langer Zeit krank und in allen Kassen ausgereutert. Die Zahlstelle Ilmenau hat sie schon öfter durch eigene Mittel unterstützt und kann keine weitere Unterstützung mehr gewähren. Da die Notlage der Genannten groß ist, bitten wir die übrigen Zahlstellen um gütige Spenden. Gelder sind zu senden an den Geschäftsführer Karl Robst, Ilmenau, Thür., Wiesenweg 2.

Quittungen.

Für unseren kranken Kollegen Albert Höfer gingen folgende Beträge ein: Meuselwitz 20,—; Elsterwerda 20,—; Koblau 25,—; Magdeburg 30,—; Belten 35,—; Borsdamm 10,—; Gräfenhal 30,—; Tiefenfurth 20,—; Blankenhain 20,—; Obertosau 20,—; Waldeburg 60,—; Geringswalde 10,—; Freienorla 20,—; Pössa 30,—; Suhl 30,—; Coburg 25,—; Mauenstein 25,—; Schirnding 25,—; Althalbdenleben 25,—; Breslau 30,—; Schnei 10,—; Mannheim 15,—; Mäbendorf 50,—; Hennigsdorf 50,—; Brattendorf 50,—; Grobdubrau 50,—; Fraureuth 50,—; Marktredwitz 50,—; Weiskwasser 50,—; Walderhof 20,—; Triptis 20,—; Fürstenberg 60,—; Mitterteich 25,—; Pöbnd 50,—; Annaburg 40,—; Freiberg i. Sachl. 50,—; Windisch-Eichenbach 20,—; Frankfurt a. d. O. 50,—; Moschendorf 40,—; Zeltow 60,—; Pahl 20,—; Rüsseheim 50,—; Scheibe 40,—; Marktrenten 50,—; Bohnstraß 30,—; Bonn 50,—; König 30,—; Burgau 15,—; Waldsassen 20,—; Rehau 50,—; Schlierbach 50,—; Grünstadt 50,—; Krummenaas 20,—; Wunsiedel 30,—; Elmshorn 50,—; Erfurt 15,—; Breisig 50,—; Urzberg 50,—; Roschütz 30,—; Selb-Blöberg 50,—; Pötschappel 30,—; Eisfeld 20,—; Stadtlengsfeld 100,—; Berlin 30,—; Colbitz 20,—; Meuebach 50,—; Auma 50,—; Neuhaldensleben 60,—; Rodach 50,—; Hermisdorf 50,—; Reichenbach 20,—; Schauberg 20,—; Zettau 40,— Mt. Summa 2610,— Mt.

Die Sammlung ist geschlossen. Allen Gebern besten Dank.

Albert Höfer und die Zahlstelle Kloster Weiskdorf.
S. A.: Hermann Frier, Kassierer.

Adressenänderungen.

Strehla a. d. Elbe. Schriftführer: Erich Scherzer.

Arbeitsmarkt.

Ein Dreher sucht Stellung als Oberdrehler in einer Stein- oder Porzellanfabrik. Suchender ist firm im Schablonenfeilen, Preisfestlegen und beherrscht die Dreherei, sowie Gießerei auf das vollkommenste. Er ist im Umgang und Anlernen von Arbeitern bestens vertraut. Da verheiratet, wird Wohnung gewünscht. Eintritt sofort oder später. Offerten unter „S. R.“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Unverheirateter

Großholatoren - Porzellandrehler

für Oberlausitzer Fabrik gesucht. Für eine tüchtige Kraft handelt es sich um eine entwickelungsfähige Stelle. Angebote mit Lebensgang usw. unter Chiffre 23 an die Geschäftsstelle der „Ameise“ erbeten. (64)

Tüchtiger, energischer, lediger Brenner

der selbständig brennen, sowie den Oberbrenner vertreten kann, von Qualitätsgefäßfabrikfirma gesucht. Offerten an die Redaktion der „Ameise“ erbeten. (62)

Einige tüchtige Dreher

stellen sofort ein (63)
Steingutfabriken Belten-Borsdamm, G. m. b. H., Abt. Belten, Mark.

Ich suche zum sofortigen Eintritt
zwei tüchtige Maler.

Ferner könnte ich noch tüchtige

Gießer und Gießerinnen (65)

einstellen. Porzellanfabrik Wilhelm Lange, Neuhaldensleben.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen tüchtigen

Schalendreher (66)

der auch dünne Becher arbeiten kann. Sauberste Arbeit Bedingung. Hoher Lohn angelehrt. Wegen hoher Lohn angelehrt bevorzugt. Offerten unter „S. R.“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Tüchtiger, lediger Schleifer

per sofort gesucht. (60)

Porzellanfabrik Krambach (Vogtland).

Porzellanmaler

in allen vorstehenden Arbeiten einer Privatmalerei bewandert, wird sofort eingestellt. Lohn nach Tarif. (58)

Burglauer keramische Werkstätten Reinhold & Co., Burglauer.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Pinsel — Flaschen — Mar- rüchstände usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8, II.
— Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse. —

Goldschmiere, Goldlappen, Goldflaschen

sowie alle Goldabfälle und Silberschlamm
kauft ständig zu höchsten Tagespreisen

Kurt Rottmann

Stadtilm (Thüringen), Bahnhofstraße 1.

Goldhaltige Lappen — Asche — Schmiere Pinsel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen

(mit Stöpsel zahle 10—20 Pf., je nach Gehalt, bei größeren auch bedeutend mehr), überhaupt alle Metallrückstände und ausgebranntes Gold kauft die Scheideanstalt von

Max Haupt, Dresden-A., Königsplatz 17.

Goldschmiere, goldhaltige Lappen, Asche, Flaschen und Pinsel kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen
Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere

sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen

Emil Theimer, Langwieschen b. Jm., Thür.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Asche, Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen zahle. Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel 30—50 Pf., für leere Poliergoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gramm, 50—100 Pf., je nach Inhalt. Bei den hohen Postgebühren will ich es meiner werten Kundenschaft ermöglichen, mir die Treue zu wahren, indem ich derselben die Gebühren zurückerstatte. Eine weitere Berücksichtigung erbittet

A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sachsen.

Offerierte hierdurch zu Tagespreisen für Dreher Zinnocca, sowie Levantiner Glasur- und Garnierungsschwämme in allen Größen, von 100 bis 1500 Mt. pro Stück; große glatte Philippiner Elephantenohren, das Pilo zu 6 Dollar, umgerechnet in Reichsmark zum Berliner Briefbörsenkurs am Lieferungstage; Pierdeschwämme: weiche feine saugtgroße Reeschwämme, das Pilo 8000 Mt.; hand- und saugtgroße prima Hardheadschwämme, das Stück 400 Mt.; ferner weiche kleinere Levantiner Schwämme, das Pilo 30 anstliche Schilling. — Versand in kleineren und größeren Posten.

S. Michelson, Schwammgroßhandel
Berlin C. 25, Brenzlauerstr. 42.

Emil Böhm, Goldscheide-Anstalt, Eisenberg i. Thür. (gegr. 1891), kauft samtl. Goldabfälle, wie Glanzgold, Goldschmiere, Lappen, Asche, leere Glanz- und Poliergoldflaschen, Bruchgold und Bruchsilber. Zahle z. B. für Glanzgoldbäse 250 Mt. und mehr für 1 Gramm; für Poliergoldbäse 400 Mt. und mehr pro Gramm, je nach Goldprozentgehalt; alle übrigen Sachen die höchsten Kurspreise. — Uebrigens Geschäft bietet Art. — Streng reelle und pünktliche Bedienung. — Prospekte gratis und franko. — Ankäufer überall bei hoher Provision gesucht.

Gegr. 1896.	Gold, Platin und Silberabfälle aller Art	Gold-, Platina-, Silber- preis auf Anfrage
Beste Bedien.	 <p>Seifert, Zwickau i. S., Osterweihstr. 32.</p>	Preis list.

Asche, Lappen, Schmiere, spez. ausgebranntes Gold

kauft zu höchsten Preisen

Christoph Geier, Hochtstadt bei Thiersheim, Nr. 136.

Gold-Reste jeder Art

kauft

Dr. Max Heim, chem.-metall. Laboratorium
Charlottenburg, Spandauer Str. 20
zu höchsten Kurspreisen bei sofortiger Kasse.

Gold — Lappen — Abfälle

zahle allerhöchste Tagespreise. Poliergoldbäse à Gramm 300 Mt. und mehr, je nach Prozentgehalt. Glanzgoldbäse 950 Mt.
— Eigene Schmelzanlage. — Sofort Kasse. —
Andreas Geier, Selb, Oberstr., Goldarbeiter.

Goldreste jeder Art

kauft zu höchsten Preisen bei sofortiger Kasse.

Martin Kaufmann

Zwickau, Werbauerstr. 25.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Edwin Kenninger, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Druck von E. Janiszewski, Berlin SO., Elisabeth-Platz 28/29